

Postulat von Christoph Schürch (SP, Winterthur)
Peter Stirnemann (SP, Zürich)
betreffend Ausarbeitung von Szenarien zur Arbeitszeitverkürzung in der kantonalen Verwaltung

Der Regierungsrat wird eingeladen zuhanden des KR einen Bericht auszuarbeiten welcher die Auswirkungen einer Arbeitszeitverkürzung in der kantonalen Verwaltung um 4 Std./6 Std./10 Std. je Woche analysiert. Dabei soll das heute bestehende Gesamtarbeitsvolumen der kantonalen Verwaltung konstant gehalten, d. h. der Reduktion der stellen- bzw. personenbezogenen Arbeitszeitverkürzung entsprechend die Zahl der Stellen erhöht werden. Insbesondere berücksichtigt werden sollen die strukturellen und finanziellen Konsequenzen für die Volkswirtschaft im Kanton und der Grossregion Zürich, u. a. soll aufgezeigt werden, inwieweit die Aufrechterhaltung resp. Vermehrung der Arbeitsplätze in der kant. Verwaltung beitragen kann, Arbeitslosigkeit zu vermindern und Arbeitslosenstellen sowie die Fürsorge finanziell zu entlasten. Dabei soll auch je (4/6/10 Std.) ein Szenario erarbeitet werden, bei welchem ab einem existenzsichernden Einkommen die individuelle Lohnneinbusse progressiv zur Einkommenshöhe bis zu Max. 50% vom Arbeitnehmer/der Arbeitnehmerin getragen werden soll.

Christoph Schürch
Peter Stirnemann

Begründung:

Die Arbeitslosigkeit ist nicht einfach nur konjunkturbedingt. Auch strukturelle Veränderungen (Rationalisierung, Verlegung von Betrieben ins Ausland etc.) müssen die Befürchtung aufkommen lassen, dass es in Zukunft mehr Arbeitslose in unserem Land geben wird. Da dies in verschiedener Hinsicht fatale Auswirkungen auch auf die Gesellschaft hat, kann langfristig nur eine Arbeitszeitverkürzung, im Sinne, die Gesamtarbeit auf mehr Hände und Köpfe aufteilen, Abhilfe schaffen. Der Kanton Zürich als viertgrösster Arbeitgeber in der Schweiz hat auch in dieser Hinsicht eine führende Rolle einzunehmen.

Die verschiedenen differenzierten Szenarien werden dann erlauben den politischen Meinungsbildungsprozess zu fördern, damit in naher Zukunft, auch im Hinblick auf eine europäische Integration, eine Arbeitszeitverkürzungs-Lösung gefunden werden kann, welche von allen Bürgern und Bürgerinnen zu verstehen und zu verkraften ist. Mit dem Passus der individuellen Lohnneinbusse ab einem existenzsichernden Einkommen soll signalisiert werden, dass wir durchaus der Meinung sind, dass hohe Einkommen bei reduzierter Arbeitszeit gewisse Abstriche in Kauf zu nehmen hätten, die Untersten aber unangetastet bleiben müssen.